

Ohne DICH keine medizinische Versorgung für Menschen in Not!

geschrieben von Andreas | 12. Juli 2023



Spenden geht ganz einfach.

- Scanne mit deiner Kamera den QR-Code und du wirst auf die Kampagnenseite bei Betterplace weitergeleitet.
- Oder kopiere folgenden Shortcode in dein Browserfenster <https://bit.ly/3XKmqrD>
- Teile anschliessend den Link mit deinen Freunden.

Denn je mehr Menschen Spenden, umso mehr Hilfe kann geleistet werden

Warum Spenden?

Als gemeinnützige Organisation ist Medical Volunteers International auf Spenden angewiesen, um medizinische Ausstattung und Medikamente beschaffen zu können. Mit deiner Hilfe ermöglicht MVI die einzigartige und lebensnotwendige medizinische Notversorgung für notleidende Menschen. Etwa die Hälfte der Patient*innen sind nicht registrierte Geflüchtete

und würden ohne die gemeinsame Hilfe medizinisch unterversorgt bleiben.

Jährlich versorgt die NGO rund 10.000 Personen medizinisch. Momentan arbeitet ein Team in Serbien rund um die Uhr. In Griechenland hat MVI ein festes Netzwerk aufgebaut, welches Menschen in Not eine medizinische Versorgung vorort ermöglicht.

Wo sich MVI wie engagiert erfährst du [hier](#).

Kontakt

Medical Volunteers International e.V.

Heider Str. 1
20251 Hamburg
Germany

Telefon: 040 18198401

E-Mail: info@medical-volunteers.org

Pressekontakt

jannes@medical-volunteers.org

Spendenkonto

DE08 4306 0967 2076 0779 00
GLS BANK

**EU-Report: Jeder zweite
importierte Honig ist**

möglicherweise gefälscht – foodwatch fordert bessere Kontrollen

geschrieben von Andreas | 12. Juli 2023



Pressemitteilung

Berlin, 23. März 2023. Nach dem Bekanntwerden von Laborergebnissen der EU-Kommission zu gefälschtem Honig, hat die Verbraucherorganisation foodwatch die zuständigen Behörden in Deutschland aufgefordert, ihre Kontrollen gegen Lebensmittelbetrug zu verbessern. Weil die staatlichen Labore veraltete Analysemethoden verwendeten, blieben die meisten Fälschungen von Honig unentdeckt, kritisierte foodwatch. Das Labor der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) hatte im Auftrag der Europäischen Kommission anhand einer moderneren Methodik in 46 Prozent von 320 Honigproben Zuckersirupe unter anderem aus Reis, Weizen oder Zuckerrüben gefunden. Das ist nach EU-Recht verboten. Auch von den 32 in Deutschland entnommenen Proben steht die Hälfte im Verdacht, gefälscht zu sein.

„Wer Honig kauft, bekommt auch Honig – diese Gewissheit ist in Europa leider keine Selbstverständlichkeit: Verbraucher:innen haben jahrelang gefälschten Honig in Supermärkten gekauft, ohne es zu wissen“, erklärte Chris Methmann, Geschäftsführer von foodwatch Deutschland. „Die Betrüger:innen nutzen die Lücken in der Lebensmittelüberwachung schamlos aus. Erst mit moderneren Analysemethoden können Kontrollbehörden Fälschungen erkennen und dafür sorgen, dass sie vom Markt verschwinden.“

foodwatch forderte die zuständigen Behörden auf, ihre Labore auf die neusten Analyseverfahren umzustellen.

Die Quote der Fälschungen ist mit 46 Prozent etwa drei Mal so hoch wie während des letzten EU-Kontrollberichts 2017. Damals lag der Anteil der beanstandeten Proben bei lediglich 14 Prozent. Ein möglicher Grund: In der Vergangenheit verdünnten die Betrüger den Honig mit Zuckersirupen aus Maisstärke oder Zuckerrohr. Mittlerweile verwenden sie jedoch Sirupe, die hauptsächlich aus Reis, Weizen oder Zuckerrüben hergestellt werden – ein Betrug, der derzeit von den meisten Laboren technisch nicht entdeckt werden kann.

Der Honig-Betrug ist lukrativ: Im Durchschnitt kostet nach Europa eingeführter Honig 2,17 Euro pro Kilo, während Zuckersirupe aus Reis zwischen 0,40 und 0,60 Euro pro Kilo kosten. Die EU importiert jährlich 175.000 Tonnen Honig aus Drittländern. Damit ist die EU nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Honigimporteur der Welt – und deckt damit 40 Prozent des Verbrauchs. foodwatch schätzt, dass in der EU jedes Jahr 80.000 Tonnen gefälschter Import-Honig verkauft wird. Da Betrug jedoch auch innerhalb der EU stattfindet, sei die Gesamtzahl des verbotenen Honigs im europäischen Handel deutlich höher.

Quellen und weiterführende Informationen:

[EU-Report „From the Hives“](#)

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Dario Sarmadi

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)174 375 16 89

Vielfalt erleben, schmecken, feiern!

geschrieben von Andreas | 12. Juli 2023

ECOVIN



PRESSEMITTEILUNG

ECOVIN Verkostungstage im Mai 2023

Möglichkeiten zur Einkehr auf Weingütern gibt es viele: Straußwirtschaften und Gutschänken, Weinfeste oder Verkostungen locken im Jahresablauf. Doch nur einmal im Jahr liegt der Fokus auf dem Biowein, der Vielfalt im Weinberg und im Keller. Willkommen zu den ECOVIN Verkostungstagen im Mai 2023! 28 Bioweingüter von der Mosel bis nach Württemberg laden zur Entdeckung des ökologischen Weinbaus ein.

„Mit den Verkostungstagen wollen wir der biologischen Vielfalt ein Fest bereiten, sie rund um den Weinbau erlebbar machen“, sagt ECOVIN Geschäftsführerin Petra Neuber. „Seit jeher setzen sich unsere Weingüter für den Erhalt der Biodiversität ein. 2019 haben wir als erster Bioverband deren Schutz in unseren Richtlinien verankert.“

Zahlreiche Wanderungen und Spaziergänge führen Natur- und

Weininteressierte in die Weinberge, wo es im Mai schon vieles zu entdecken gibt. In den Weingütern selbst informieren die Winzer*innen über ihre Wirtschaftsweise und schenken ihre aktuellen Jahrgänge aus. Es gibt Musik, Lesungen, Picknicks, regionale und saisonale Küche. Das komplette Programm findet sich immer tagesaktuell auf <https://www.ecovin.de/verkostungstage>.

„Unser Veranstaltungskalender ist schon gut gefüllt, manche Aktion wird vielleicht bis Mai hinzukommen. Ich freue mich, dass ECOVIN Weingüter aus sechs Anbaugebieten ihre Tore öffnen“, so Petra Neuber.

Das Datum der ECOVIN Verkostungstage ist nicht beliebig gewählt. Den 22. Mai haben die Vereinten Nationen zum Internationalen Tag der biologischen Vielfalt erhoben. Die meisten ECOVIN Weingüter öffnen deshalb am Wochenende unmittelbar vor dem 22. Mai 2023.

ECOVIN, Bundesverband Ökologischer Weinbau e.V., ist der Weinbauverband unter den Bioverbänden. 1985 gegründet, bewirtschaften heute 235 Mitgliedsbetriebe rund ein Viertel der deutschen Bio-Rebfläche. Neben der Zertifizierung nach ECOVIN Richtlinie sieht der Verband seine Aufgaben in Beratung, Bildung und politischer Interessenvertretung.

Zahl der Anschläge (inklusive Leerzeichen): 1.684

ECOVIN Bundesverband Ökologischer Weinbau e. V.

Wormser Straße 162

D-55276 Oppenheim

T +49 (61 33) 16 40

F +49 (61 33) 16 09

info@ecovin.de

Die Deutsche Umweltstiftung veröffentlicht in Kooperation mit dem Forum Ökologisch Verpacken ein Verbrauchergutachten zu den Verpackungen der Zukunft

geschrieben von Andreas | 12. Juli 2023



PRESSEMELDUNG

Berlin (02.03.2023): Die Deutsche Umweltstiftung veröffentlicht in Kooperation mit dem Forum Ökologisch Verpacken ein Verbrauchergutachten zu den Verpackungen der Zukunft. Die Ergebnisse wurden von 13 Bürger*innen in einem mehrteiligen, hybriden Verfahren erstellt. Das Papier enthält Positionen und Empfehlungen aus Sicht von Konsument*innen im Hinblick auf die Frage, wie Verpackungen zukünftig ökologisch verträglicher und vereinbar mit dem Ziel einer Kreislaufwirtschaft zu gestalten sind.

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Umweltstiftung **Jörg Sommer** kommentierte das Gutachten wie folgt: *„Viele Umweltprobleme werden durch das wachsende Verpackungsaufkommen beeinflusst. Wir werden neue Wege beschreiten müssen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dazu sollte auf unnötige Verpackungen verzichtet und ansonsten verantwortungsvoll und ökologisch bewusst verpackt werden. Die im Rahmen des Verbrauchergutachtens erarbeiteten Anregungen und Konzepte aus*

dem Kreis der Konsumentinnen und Konsumenten verstehen sich als Beitrag, um einen notwendigen partnerschaftlichen Dialog zu befördern. Diesen Weg wollen wir als Deutsche Umweltstiftung weiter gehen.“

Die Teilnehmenden betonen, dass verschiedene gesellschaftliche Akteure gemeinsam handeln müssen, um die bevorstehenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Politik und Verwaltung, Verbraucher*innen und Wirtschaft sollten zusammenarbeiten, um nicht nur technische Lösungen für umweltfreundliche Verpackungen zu finden, sondern auch sicherzustellen, dass diese von einer Mehrheit der Menschen akzeptiert und angenommen werden. Es geht also nicht nur um die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben, sondern auch um eine breite gesellschaftliche Akzeptanz nachhaltiger Lösungen.

Genauso sieht es **Dr. Oliver Wolfrum**, Generalbevollmächtigter des Forum Ökologisch Verpacken, der sagt: *„Die Ergebnisse dieses partizipativen Verfahrens belegen eindrucksvoll, dass der von uns vor über zehn Jahren angestoßene Dialogprozess für die Stärkung der Kreislaufwirtschaft Früchte trägt. Beispielhaft für dieses Prinzip stehen faserbasierte Verpackungsmaterialien wie Wellpappe, Karton oder Papier. Fortschritte beim ökologischen Verpacken sind nicht Sache einzelner Akteure, sondern nur in einer gemeinsamen Anstrengung zu erzielen. Das Verbrauchergutachten bestätigt auch, dass gesetzliche Vorgaben wie Mehrwegquoten nicht nur wissenschaftlichen Erkenntnissen standhalten müssen, sondern sich auch an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren sollten.“*

Das vollständige Verbrauchergutachten und weitere Empfehlungen können unter folgendem Link heruntergeladen werden:
www.deutscheumweltstiftung.de/fuer-eine-neue-konsumkultur/

Über die Deutsche Umweltstiftung

Die Deutsche Umweltstiftung wurde 1982 u. a. von Udo Simonis,

Ernst Ulrich von Weizsäcker, Günter Grass und Bernhard Grzimek gegründet. Getreu ihrem Motto „Hoffnung durch Handeln“ setzt sie sich für den Erhalt der natürlichen Lebensräume der Menschen, Tiere und Pflanzen ein. Die Deutsche Umweltstiftung ist politisch und wirtschaftlich unabhängig und die größte deutsche Bürgerstiftung für den Umweltschutz.

Pressekontakt

Michael Golze
Deutsche Umweltstiftung
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Tel.: 030 202384280
michael.golze@deutscheumweltstiftung.de

Nachhaltige Wirtschaft setzt ein Zeichen für Klimaschutz

geschrieben von Andreas | 12. Juli 2023



– Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft beteiligt sich am globalen Klimastreik

Berlin, 03.03.23: Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) unterstützt auch in diesem Jahr den globalen Klimastreik. Dem Aufruf von Fridays For Future (FFF) folgend,

beteiligt sich der BNW und zahlreiche seiner Mitgliedsunternehmen an den heutigen Demonstrationen, um eine ambitionierte Klimaschutzpolitik einzufordern.

„Das Motto des Klimastreiks ‘Tomorrow ist too late’ ist so passend! Wir haben keine Zeit mehr! Lützerath hat gezeigt, dass die Klimabewegung weiterhin einen großen zivilgesellschaftlichen Rückhalt hat. Zusammen mit den Entrepreneurs For Future zeigen wir, dass auch die Wirtschaft weiterhin dabei ist, denn ein toter Planet ist auch schlecht für die Wirtschaft! Deswegen gehen wir heute auf die Straße“, meint Dr. Katharina Reuter, BNW-Geschäftsführerin und Mit-Initiatorin der Entrepreneurs For Future.

Der BNW und die Entrepreneurs For Future, die gemeinsam für mehr als 5.500 Unternehmen stehen, fordern eine Politik, die an den Pariser Klimazielen ausgerichtet ist. Zentrales Instrument der deutschen Klimaschutzpolitik ist das Bundes-Klimaschutzgesetz, das unter anderem Vorgaben und Ziele für einzelne Sektoren definiert. Die Sektoren Gebäude und Verkehr haben die jährlichen Ziele im Jahr 2021 verfehlt.

Für das Jahr 2022 fallen die ersten Schätzungen für beide Sektoren ebenfalls negativ aus. Das Gesetz sieht bei einer Überschreitung der Jahresemissionsmengen in den Sektoren vor, dass das jeweils zuständige Ministerium ein Sofortprogramm zur Einhaltung der Vorgaben für die folgenden Jahre veröffentlicht.

„Die Untätigkeit des Verkehrsministeriums ist verheerend. Wir fordern die konsequente Umsetzung des Klimaschutzgesetzes und sofortige Maßnahmen, die die Einhaltung der Sektorziele im Bereich Verkehr ermöglichen. Die Zeit der ideologischen Grabenkämpfe muss jetzt endlich enden!“ so Reuter weiter.

Die Forderungen des BNW für den Verkehr im Einzelnen:

- Ein massiver Ausbau der Infrastruktur für emissionsfreie Transportmittel

- Eine umfangreiche Förderung des ÖPNV
- Die Abschaffung des Diesel- und Dienstwagenprivilegs
- Tempolimit auf Autobahnen

Der heutige Klimastreik findet auch in diesem Jahr in zahlreichen Ländern und Städten statt. Er fällt zeitlich kurz vor den nächsten Koalitionsgipfel der Regierungsparteien und soll deshalb auch deutlich machen, dass der Klimawandel trotz multipler Krisenlage einen großen Stellenwert in der Gesellschaft hat.

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin

reuter@bnw-bundesverband.de

+49 178 448 19 91

Agentur Ahnen&Enkel

Kai Weller

weller@ahnenenkel.com

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) ist die politische Stimme der nachhaltigen Wirtschaft und setzt sich als unabhängiger Unternehmensverband für den Umwelt- und Klimaschutz ein. Mit seinen knapp 600 Mitgliedsunternehmen steht der BNW inzwischen für mehr als 130.000 Arbeitsplätze.

<https://www.bnw-bundesverband.de/>

Friedensaktionen in über 20

Städten geplant

geschrieben von Andreas | 12. Juli 2023



Pressemitteilung

Bündnis "Stoppt das Töten in der Ukraine"

21. Februar 2023

Am 24. Februar jährt sich der Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine zum ersten Mal: Unter dem Motto „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“ rufen 18 Friedensgruppen zu Protesten gegen den Krieg und für Frieden auf.

Am Wochenende des Jahrestages des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf sein Nachbarland Ukraine gibt es zahlreiche Möglichkeiten, sich an Protesten für ein Ende des Krieges zu beteiligen. Ein Bündnis aus 18 Friedens-, Umwelt- und antifaschistischen Gruppen hat zu Aktionen aufgerufen, die in mehr als 20 Städten geplant sind:

- In Berlin wird bereits am Donnerstag, 23. Februar, ab 18 Uhr ein großes – 10 Meter im Durchmesser – PEACE-Zeichen aus Kerzen vor dem Brandenburger Tor aufgebaut sein. Dazu wird es Reden, u. a. von Rudi Friedrich (Connection e.V.), zur aktuellen Lage von Kriegsdienstverweigerer*innen und von Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine geben.
- In Frankfurt am Main beginnt am Freitag, 24. Februar, um 17 Uhr eine Demonstration an der Konstablerwache, vorbei an den ukrainischen und russischen Konsulaten bis zur Alten Oper, wo es eine Abschlusskundgebung mit mehreren Redner*innen geben wird. Auch dort wird ein PEACE-Zeichen aus Kerzen aufgebaut.

- In Köln ist für Samstag, 25. Februar, um 17 Uhr auf dem Alten Markt eine Demonstration geplant, bei der es inhaltlich auch um die Gefahr eines Atomkriegs gehen wird. Grund dafür ist die aktuelle Stationierung von Bundeswehr-Kampffjets in Nörvenich nahe Köln, die im Ernstfall die letzten in Deutschland gelagerten US-Atombomben ins Ziel fliegen sollen.
- Friedensaktionen sind zudem in Bonn, Bochum, Elmshorn, Freiburg, Gammertingen, Halle (Saale), Hamburg, Karlsruhe, Kassel, Langen, Limburg, Mainz, Nördlingen, Stuttgart, Ulm, Worms und weiteren Orten zwischen dem 24. und 26. Februar geplant – Details finden sich auf der Bündniswebsite: www.stoppt-das-toeten.de

Das „Stoppt das Töten“-Bündnis ruft auch zum Abbruch des Aufrüstungsprogramms der Bundesregierung auf. Im Gegensatz zu anderen für das Wochenende kursierenden Protestaufrufen fordert das Bündnis eindeutig „den Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine“. Dem Bündnis ist zudem eine klare Abgrenzung nach rechts wichtig. Man lade alle Menschen ein, sich an den Aktionen gegen Krieg und Aufrüstung zu beteiligen, aber: „Für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum ist auf unseren Aktionen kein Platz. Ebenso erteilen wir Menschen und Gruppen, die wissenschaftsfeindlich sind, die Journalist*innen angreifen, sowie Menschen und Gruppen, die Verschwörungsmymen anhängen und/oder diskriminierende Botschaften und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Sexismus verbreiten, eine klare Absage.“

Neben den Aktionen auf der Straße bietet das Bündnis auch eine Webinarreihe mit Vorträgen und Diskussionen etwa zu „Zivilem Widerstand und Sozialer Verteidigung anhand von Beispielen aus Belarus und der Ukraine“, „Rechten Vereinnahmungsversuchen in der Friedensbewegung“, „Deutschen Leerstellen in der Debatte zum Krieg in der Ukraine“ sowie zur „innenpolitischen Lage in Russland“ an.

Eine Übersicht über die Webinare, den vollständigen Aufruf, eine Aktionsübersicht sowie weitere Informationen gibt es auf der Website des Bündnisses: www.stoppt-das-toeten.de

Bei Fragen und für Interviews stehen wir gerne zur Verfügung!

Pressekontakte:

Attac: Hendrik Küster, Mail: hendrik.kuester@attac.de, Tel.: 0179-4180 714

DFG-VK: Michael Schulze von Glaßer, Mail: svg@dfg-vk.de, Tel.: 0176-23575236

Netzwerk Friedenskooperative: Annegret Krüger, Mail: friekoop@friedenskooperative.de, Tel.: 0228-692904

VVN-BdA: Hannah Geiger, Mail: presse@vvn-bda.de, Tel.: 0178-2785958

Aufrufende Organisationen:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden | Attac | Bund für soziale Verteidigung | church and peace | Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen | Forum Friedensethik | Frauennetzwerk für Frieden | Friedensregion Bodensee | Lebenshaus Schwäbische Alb | Naturfreunde Deutschlands | Netzwerk Friedenskooperative | Ökumenische FriedensDekade | Ohne Rüstung Leben | Ökumenische FriedensDekade | pax christi | Sant'Egidio | Sicherheit neu denken | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

–

Lena Zoll
Pressesprecherin
Attac Deutschland

Münchener Str. 48
60329 Frankfurt a.M.
lena.zoll@attac.de
Tel. 0162 3448009

Stoppt das Töten! Start einer friedenspolitischen Online-Veranstaltungsreihe rund um den Krieg in der Ukraine, 14. Februar bis 29. März

geschrieben von Andreas | 12. Juli 2023



Pressemitteilung

Bündnis "Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!"

14. Februar 2023

Am 24. Februar jährt sich der russische Angriff auf die Ukraine zum ersten Mal. Um den inhaltlichen Herausforderungen gerecht zu werden, die sich daraus für Friedensaktivist*innen und Antimilitarist*innen ergeben und um Antworten auf brennende friedenspolitische Fragen zu finden, organisiert das zivilgesellschaftliche Bündnis „Stoppt das Töten in der Ukraine!“ eine Online-Veranstaltungsreihe mit vorerst sechs Terminen vom 14. Februar bis 29. März. Durch das Programm führt Stephan Lindner, Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis von Attac Deutschland. Kontakt: 0176-24342789.

Über diesen Link können Sie sich für die erste Veranstaltung heute um 19 Uhr anmelden. Für jede Veranstaltung wird ein neuer Link generiert, der auf der Webseite des Bündnisses

veröffentlicht wird. Dort finden sie auch die Ankündigungstexte für die weiteren Veranstaltungen.

Dienstag, 14. Februar 2023, 19:00 Uhr, „Frieden schaffen mit weniger Waffen oder Nuklearkrieg – haben wir die Wahl?“ Wie ist die aktuelle Lage in der Ukraine zu beurteilen und welche Handlungsoptionen gibt es für Menschen in der Friedensbewegung? Mit Andreas Zumach (Journalist)

Mittwoch, 22. Februar 2023, 19:00 Uhr, Ziviler Widerstand und Soziale Verteidigung. Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen anhand von Beispielen aus Belarus, der Ukraine und weiteren Ländern. Mit Christine Schweitzer (Geschäftsführerin Bund für Soziale Verteidigung)

Mittwoch, 1. März 2023, 19:00 Uhr, Rechte Vereinnahmungsversuche in der Friedensbewegung. Diskussion anhand konkreter Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart. Mit Florian Gutsche (Bundesvorsitzender VVN-BdA)

Donnerstag, 16. März 2023, 19:00 Uhr, Deutsche Leerstellen in der Debatte zum Krieg in der Ukraine, Osteuropäische Perspektiven mehr wahrnehmen. Mit Christine Hoffmann (Generalsekretärin des pax christi – Deutsche Sektion e.V.), Elena Rother und Georg Hörnschemeyer (Mitglieder der pax christi-AG-Ost- und Mitteleuropa)

Dienstag, 21. März 2023, 19:00 Uhr, Innenpolitische Lage in Russland und die Entwicklung in den letzten Jahren. Mit Vera Ammer (Mitglied im Vorstand von MEMORIAL Deutschland e. V.)

Mittwoch, 29. März 2023, 19:00 Uhr, Handlungsoptionen der deutschen Politik. Welche Möglichkeiten hat die deutsche Politik, um sich für Verhandlungen, einen Waffenstillstand und eine neue gemeinsame Friedens- und Sicherheitsordnung einzusetzen? Mit Simon Bödecker (Referent für Öffentlichkeitsarbeit und atomare Abrüstung bei „Ohne Rüstung Leben“)

Das Bündnis ruft des Weiteren zu dem [Aktionswochenende „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“](#) vom 24. bis 26. Februar auf. Eine Liste der geplanten Aktionen finden Sie [hier](#).

Für Fragen und Interviews stehen wir gerne zur Verfügung.

Pressekontakte:

[Attac](#): Hendrik Küster, Mail: hendrik.kuester@attac.de, Tel.: 0179-4180714

[DFG-VK](#): Michael Schulze von Glaßer, Mail: svg@dfg-vk.de, Tel.: 0176-23575236

[Netzwerk Friedenskooperative](#): Annegret Krüger, Mail: friekoop@friedenskooperative.de, Tel.: 0228-692904

[VVN-BdA](#): Hannah Geiger, Mail: presse@vvn-bda.de, Tel.: 0178-2785958

Das Bündnis:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden | attac | Bund für soziale Verteidigung | church and peace | Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen | Forum Friedensethik | Frauennetzwerk für Frieden | Friedensregion Bodensee | Lebenshaus Schwäbische Alb | Naturfreunde Deutschlands | Netzwerk Friedenskooperative | Ohne Rüstung Leben | pax christi | Sant’Egidio | Sicherheit neu denken | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

–

Lena Zoll
Pressesprecherin
Attac Deutschland

Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt a.M.
[lena.zoll@attac.de](mailto:lana.zoll@attac.de)
Tel. 0162 3448009

Konferenz zum Thema Vergesellschaftung debattiert im Oktober über Strategien für eine demokratische Wirtschaft.

geschrieben von Andreas | 12. Juli 2023



Berlin. Die Anmeldung zur Konferenz „Vergesellschaftung: Strategien für eine demokratische Wirtschaft“, die vom 7. bis 9. Oktober in Berlin stattfindet, ist eröffnet! Die Veranstalter*innen freuen sich darauf Teilnehmenden aus Aktivismus, Gewerkschaften, Wissenschaft, Parteipolitik und Zivilgesellschaft einen Raum zu bieten, um den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft voranzubringen.

Ramona Schmidt, Pressesprecherin des Konferenzteams, erklärt dazu: „Zeitgleich zum Start der Anmeldephase zeigen sich erneut die Abgründe einer auf Privateigentum und Gewinnorientierung basierenden Wirtschaft, die nicht an einem guten Leben für alle ausgerichtet ist: Während ein Großteil der Bevölkerung besorgt einem Winter mit extremen Energiepreisstegungen entgegenblickt, erwarten Energiekonzernriesen üppige Gewinne. Parallel dazu wird Vergesellschaftung in Berlin konkret. Dort nimmt die Kommission zur Enteignung großer Wohnkonzerne ihre Arbeit auf. Jetzt ist es an der Zeit, der Debatte um Vergesellschaftung

Auftrieb zu verleihen!“

Von Wohnen über das Gesundheitssystem und Mobilität bis hin zur Energieversorgung, Antworten finden wir in einer Demokratisierung der Wirtschaft. Wie diese konkret vorangetrieben und umgesetzt werden kann, soll auf der Konferenz für Vergesellschaftung gemeinsam erarbeitet werden.

Schmidt dazu: „Wir haben ein vielfältiges Programm zusammengestellt, welches auf konkrete politische Bewegungen ausgerichtet ist. In Workshops wird es viel Raum für Austausch und Strategieentwicklung geben. Auf den Podiumsgesprächen, die online verfolgt werden können, teilen bspw. Sabine Nuss, Bini Adamczak, Rabea Berfelde und Daniel Loick ihre Perspektiven auf das Thema Vergesellschaftung. Wir freuen uns auf drei Tage Diskussionen, Vernetzung und solidarisches Miteinander!“

Die Konferenz wird organisiert von communia – Zentrum demokratische Wirtschaft gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac, Berlin 21, Fridays for Future, dem Institut Solidarische Moderne, Konzeptwerk Neue Ökonomie, Oxfam Deutschland, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Sonderforschungsbereich Strukturwandel des Eigentums.

Mehr zum Programm, zu Referent*innen und zur Anmeldung unter:
<https://vergesellschaftungskonferenz.de>

Pressekontakt:

presse@vergesellschaftungskonferenz.de

Ramona Schmidt +49 157 87932556 (Mo-Fr 9-17 Uhr)

Einladung zum Pressegespräch: Die Europäische Sommeruniversität der sozialen Bewegungen in Mönchengladbach

geschrieben von Andreas | 12. Juli 2023



Presseeinladung

Attac Deutschland

Frankfurt am Main, 5. August 2022

Marc Dengler, Pressestelle

Tel. 0162 3448009, presse@attac.de

www.attac.de

Einladung zum Pressegespräch:

**Die Europäische Sommeruniversität der sozialen Bewegungen in
Mönchengladbach**

- Mittwoch, 10. August, 11 Uhr
- Online über Clickmeeting

Nach 2014 in Paris und 2017 in Toulouse kommen diesen Monat hunderte Aktivist*innen aus ganz Europa in Mönchengladbach zur Europäischen Sommeruniversität (ESU) der sozialen Bewegungen zusammen. Vom 17. bis 21. August diskutieren sie auf Einladung des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac in etwa 100 Foren und Workshops über die brennenden Themen unsere Zeit, etwa den Krieg in der Ukraine, die Corona-Pandemie, die Klimakrise oder die kapitalistische Krisenpolitik.

Der Ort nahe dem rheinischen Braunkohlerevier ist mit Bedacht gewählt. Inmitten eines Brennpunktes der Klimazerstörung und des Widerstandes dagegen will die ESU einen Ort von Vernetzung und Diskussion auch zwischen den älteren sozialen Bewegungen und der jüngeren Klimagerechtigkeitsbewegung bieten. Eine gemeinsame Aktion in Lützerath bildet den aktivistischen Abschluss der Sommeruni.

Bei einem Pressegespräch stellen wir Ihnen das Programm einschließlich der Kulturveranstaltungen, die örtlichen Gegebenheiten sowie Hintergründe der ESU vor.

Als Gesprächspartner*innen stehen Ihnen zur Verfügung:

- Hugo Braun, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland
- Patrick Wendtland, AStA-Vorsitzender Hochschule Niederrhein
- Christiane Kühnrich, Projektkoordinatorin der ESU22

Das Online-Pressegespräch beginnt am Mittwoch, 10. August, um 11 Uhr auf der Konferenzplattform Clickmeeting. Eine Installation des Programms ist nicht notwendig. **Den Link erhalten Sie nach Ihrer Akkreditierung per Mail an presse@attac.de.** Wir freuen uns über Ihre Teilnahme!

Mehr Informationen: esu22.eu

Für Rückfragen: presse@attac.de, Tel. 0162 3448 009

Nachhaltige

Wirtschaft

enttäuscht über unzureichende „Sofort“-Programme für den Gebäude- und Verkehrssektor

geschrieben von Andreas | 12. Juli 2023



BNW

Bundesverband
Nachhaltige
Wirtschaft e.V.

Berlin, 13.07.2022: Die vorige Bundesregierung hat die im Klimaschutzgesetz festgehaltenen Ziele für den Gebäude- und Verkehrssektor verfehlt. Die zuständigen Ministerien waren deshalb aufgefordert Nachbesserungen vorzulegen. Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) ist enttäuscht über die unzureichenden Anstrengungen der sogenannten „Sofort“-Programme, vor allem im Verkehrsbereich.

Anstatt eines, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, sektorübergreifenden Klimaschutz-Sofortprogramms haben das Wirtschafts- und Klimaschutzministerium (BMWK) sowie die Bau- und Verkehrsministerien heute einzelne „Sofort“-Programme vorgestellt, die aber zum Teil auf viele Jahre angelegt sind. Der BNW setzt sich für eine sektorenübergreifende sozial-ökologische Transformation ein und ist enttäuscht über die unzureichende Tragweite der Programme: „Durch das Klimaschutzgesetz waren die zuständigen Ministerien verpflichtet, Nachbesserungen für den Gebäude- und Verkehrssektor vorzulegen. Das hätte ein lauter Weckruf für die Bundesregierung sein müssen. Leider verpasst vor allem das Verkehrsministerium die Chance, eine echte Trendwende für den Klimaschutz einzuleiten,“ sagt die BNW-Geschäftsführerin Dr. Katharina Reuter. „Damit Deutschland seine Klimaziele

erreicht, muss jetzt gehandelt werden. Für eine konsequente Verkehrswende braucht es ein ambitioniertes Maßnahmenpaket“, unterstreicht Reuter.

Der BNW fordert deshalb erneut folgende echte Sofort-Maßnahmen:

- Abbau von klimaschädlichen Subventionen, insbesondere die Abschaffung von Diesel- und Dienstwagenprivilegien
- Ausbau des ÖPNV: Ausreichende Investitionen in öffentliche Infrastrukturen
- Umgehende Einführung eines Tempolimits

„Um den Mobilitätssektor auf den Klimapfad zu bringen, muss der motorbetriebene Verkehr reduziert werden. Gleichzeitig braucht es ausreichende Alternativen zum Auto“, sagt die BNW-Geschäftsführerin. Besonders für den ländlichen Raum sind Kreativität und Anreize gefragt, die klimaschonende Mobilität ermöglichen, beispielsweise durch die Förderung von kleinen, flexiblen E-Fahrzeugen. Darüber hinaus braucht es eine pflichtmäßige ÖPNV-Anbindung bei Gewerbebetrieben. Nur durch eine ausreichende Infrastruktur lassen sich Nachhaltigkeit und Wirtschaftsansiedlungen im ländlichen Raum vereinbaren.

Auch für den Gebäudesektor wurde ein Maßnahmen-Paket vorgelegt. Der BNW bedauert, dass die Bundesregierung voraussichtlich auch im Gebäudesektor die gesetzten Ziele reißen wird. „Angesichts der aktuellen Energiekrise brauchen wir jetzt einen politischen Kraftakt im Gebäudebereich. Das Programm enthält wichtige Ansätze, wie die geplante Wärmepumpenoffensive. Verbesserungspotenzial besteht allerdings im Bereich der energetischen Gebäudemodernisierung“, betont Reuter.

Pressekontakt

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.
Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin
reuter@bnw-bundesverband.de

+49 178 448 19 91

Agentur Ahnen&Enkel

Kai Weller

weller@ahnenenkel.com

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) ist die politische Stimme der nachhaltigen Wirtschaft und setzt sich als unabhängiger Unternehmensverband für den Umwelt- und Klimaschutz ein. Mit seinen knapp 600 Mitgliedsunternehmen steht der BNW inzwischen für mehr als 130.000 Arbeitsplätze.